



**SENDESPERRFRIST:
Dienstag, 12. Dezember 2017, 10 Uhr**

Carl Martin Welcker, VDMA-Präsident

VDMA Jahrespressekonferenz

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Maschinen „Made in Germany“ bleiben weltweit gefragt

Meine Damen und Herren,

Die Welt steht nicht still, und wir Maschinenbauer „machen“ den Fortschritt! Sie haben das eben in unserem neuen Video gesehen, das Sie auch auf der VDMA-Startseite im Internet finden. Und Sie erleben es jedes Mal, wenn Sie bei einem Maschinenbau-Unternehmen einen Blick in die Produktion oder Forschungsabteilung werfen. Am Ende eines Jahres, in dem

der VDMA sein 125-jähriges Bestehen feiert, können wir zufrieden bilanzieren: Auch in diesem Jahr waren Maschinen und Anlagen „made in Germany“ weltweit gefragt. Ein Exportplus von real 6,2 Prozent in den ersten neun Monaten und ein wie erwartet reales Produktionsplus von 3 Prozent im Gesamtjahr sprechen ebenso eine deutliche Sprache wie die Kapazitätsauslastung unserer Betriebe von zuletzt 87,9 Prozent im Oktober. Die Auftragseingänge lagen in den ersten zehn Monaten um real 9 Prozent über dem Vorjahreswert. Und wir gehen davon aus, im Umsatz mit 224 Milliarden Euro in diesem Jahr erstmals die Marke von 220 Milliarden Euro zu übertreffen. Alles in allem kann 2017 mit Fug und Recht als Aufschwungsjahr bezeichnet werden!

Doch wie geht es nun weiter?

Der typische Konjunkturverlauf würde für 2018 als zweites Wachstumsjahr ein noch höheres Tempo vermuten lassen.

Doch es gibt gute Gründe, warum wir für das kommende Jahr eine gleichbleibende Dynamik, also erneut ein Produktionswachstum von 3 Prozent, vorhersehen. Das würde immerhin einen weiteren Umsatzanstieg auf mehr als 230 Milliarden Euro bedeuten. Doch zum einen ist die Vergleichsbasis 2017 in einigen Absatzmärkten schon recht hoch, so dass es zunehmend anspruchsvoller wird, diese Zuwachsraten wieder zu erreichen oder gar zu übertreffen. Zum anderen gibt es nach wie vor zahlreiche Gründe, die es ratsam erscheinen lassen, vorsichtig zu agieren. Dazu zählen nicht nur außenwirtschaftliche Risiken. Auch innenpolitisch fehlen uns klare Signale.

Unabhängig davon, wer die neue Bundesregierung letztendlich bilden wird, haben unsere Kernforderungen, die wir vor der Wahl aufgestellt haben, weiter Bestand. Dazu gehören unter anderem der flächendeckende Aufbau eines Hochgeschwindigkeits-Netzes, die Einführung der Steuerlichen

Forschungsförderung sowie eine Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht, die sich an der unternehmerischen Praxis orientieren. An solchen Weichenstellungen wird sich jede neue Regierung messen lassen müssen. Und auch die Tarifpartner müssen sich in der nun laufenden Tarifrunde darüber im Klaren sein, dass es um die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie geht. Die Forderungen der IG Metall und dabei insbesondere der Einstieg in eine 28-Stunden-Woche würden den mittelständischen Unternehmen im Land erheblichen Schaden zufügen. In den vergangenen Jahren sind die Löhne deutlich schneller gestiegen als die Produktivität. Die Tatsache, dass wir nach fünf eher dürftigen Jahren im Umsatz nun endlich wieder ein nennenswertes Plus schreiben, darf nicht zum Anlass genommen werden, tariflich jetzt in die Vollen zu gehen.

Es liegt wesentlich auch an der deutschen Politik, dass die Investitionsneigung in Deutschland allzu lange schon hinter unseren Erwartungen zurückbleibt. Die Rahmenbedingungen

stimmen nicht, das gilt für eine verfehlte Förderpolitik etwa im Energiesektor ebenso wie für eine Abschreibungssystematik, die nicht zur industriellen Realität in Zeiten von Industrie 4.0 passt. Eine degressive Abschreibung würde die technische Halbwertszeit modernster Maschinen wesentlich besser abbilden. Immerhin: Im Maschinenbau und auch bei unseren Kunden im Verarbeitenden Gewerbe im Inland sind die Kapazitäten inzwischen wieder gut ausgelastet. Hinzu kommt: Viele der älteren Maschinen und Anlagen im Markt dürften die fortschreitende Digitalisierung nicht hinreichend meistern. Das macht uns Mut, dass auch die Inlandsorders nun endlich wieder Fahrt aufnehmen.

Im Ausland wiederum sind wir zu Recht stolz darauf, wie unsere Industrie es trotz aller politischen Wirren immer wieder schafft, ihr Geschäft am Laufen zu halten und sogar anzukurbeln. Sie alle kennen die großen Unwägbarkeiten dieser Tage: die Konflikte um Nordkorea und im Nahen Osten,

die handelspolitischen Drohungen von Donald Trump, die schwierigen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei oder das große Brexit-Desaster. Und dennoch sind die Auftragseingänge aus dem Ausland in den ersten zehn Monaten 2017 um 10 Prozent gestiegen, wobei die Nachfrage aus den Euro-Partnerländern um 13 Prozent zulegen, die Orders aus den Nicht-Euro-Ländern um 9 Prozent. Das zeigt einmal mehr, dass unsere Unternehmer mit Produkten von höchster Qualität und Passgenauigkeit für die Kunden sowie mit einem sehr guten Service vor Ort punkten können. Ohne den deutschen Maschinenbau würde die Modernisierung der Welt deutlich langsamer vorankommen.

Allerdings sind auch wir vor Überraschungen nicht gefeit.

Lassen Sie mich dies an drei Beispielen aufzeigen.

1) Positiv überrascht hat uns China, das auf gutem Weg ist, sich den Spitzenplatz in unserer Exportrangliste wieder zurück zu erobern. Einen Zuwachs der Ausfuhren um 24 Prozent in

den ersten neun Monaten hätten wir Anfang des Jahres nicht für möglich gehalten. Ganz offensichtlich haben die Anstrengungen der chinesischen Regierung, das Land rund um den 19. Parteitag der Kommunistischen Partei in bester Blüte zu präsentieren, hier eine wichtige Rolle gespielt. Aber genau darin liegt auch die Crux: China ist nach wie vor keine Marktwirtschaft und dementsprechend schwierig ist die weitere Entwicklung zu prognostizieren. 2018 wird sich das Wachstumstempo unserer Exporte nach China wohl wieder etwas verlangsamen. Das ist angesichts der Handelsvolumina verkraftbar. Schwieriger ist dagegen der Mangel an Verlässlichkeit im Chinageschäft: Gerade wir mittelständischen Maschinenbauer benötigen dort mehr Planungssicherheit, verlässliche Rahmenbedingungen und bessere Investitionsbedingungen. Wir werden auch nicht müde, das immer wieder zu betonen – zuletzt auf meiner Reise nach Peking Anfang November, auf der wir unter anderem vom chinesischen Wissenschafts- und Forschungsminister Wan

Gang eine weitere Marktöffnung in China eingefordert haben. Rund 750 zumeist mittelständische Maschinenbauer sind bereits in China vor Ort, damit leisten wir einen großen Beitrag zur technologischen Entwicklung des Landes. Aber wir erwarten, dass wir ebenfalls die Möglichkeit bekommen, in lokale Unternehmen zu investieren oder diese übernehmen zu können. Auch dürfen wir nicht weiter bei staatlichen Ausschreibungen, Finanzierungen und in der Forschungsförderung gegenüber chinesischen Anbietern benachteiligt werden. Und wir lehnen es ganz klar ab, dass Parteikader in China versuchen, auf die Geschäftsführungen unserer Unternehmen mehr Einfluss zu nehmen. Umgekehrt müssen in Deutschland und Europa die Türen für chinesische Investoren grundsätzlich offen bleiben.

Aktuell sorgt das im Juni dieses Jahres in Kraft getretene chinesische Cybersecurity-Gesetz für große Unruhe. Wir haben klargestellt, dass das neue Gesetz nicht dazu verwendet

werden darf, in die Geschäfte des deutschen Maschinenbaus mit seinen chinesischen Kunden einzugreifen.

2) Ein weiteres Minus deutet sich im Handel mit dem Vereinigten Königreich an. Der Brexit bereitet uns ernsthafte Sorgen. Nicht nur, weil wir diese Entscheidung der Briten immer noch bedauern, da sie am Ende auf beiden Seiten des Ärmelkanals Verlierer hinterlassen wird. Die Folgen des nach wie vor nicht abschätzbaren Trennungsprozesses sind bereits spürbar, unsere Lieferungen ins Vereinigte Königreich sind in den ersten neun Monaten 2017 um 4,5 Prozent zum Vorjahr gesunken. Immerhin ist nach langem Stillstand bei den Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien nun ein erster Durchbruch erzielt worden, die Verhandlungen sollen in die zweite Phase eintreten. Dies wird auch höchste Zeit, um zumindest einen harten Brexit im März 2019 zu verhindern. Trotzdem wissen wir noch nicht, wie der Zugang von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen nach dem Brexit

aussehen wird. Ziel muss es sein, so schnell wie möglich berechenbare Rahmenbedingungen zu schaffen. Zudem brauchen wir Maßnahmen, die ein Auseinanderdriften der Marktbedingungen nach dem Austritt verhindern. Dafür wäre eine Zollunion der geeignetste Weg. Denn ansonsten drohen unserer Industrie erhebliche Zusatzkosten, die nach unseren Berechnungen auf Basis der deutschen Maschinenexporte nach Großbritannien im Jahr 2016 mehr als 180 Millionen Euro pro Jahr betragen dürften. Dazu kommen noch die Zusatzkosten für den Import von Maschinen aus Großbritannien in Höhe von 44 Millionen Euro pro Jahr und die zusätzlichen Importkosten für die zahlreichen Komponentenbezüge unserer Industrie aus Großbritannien.

3) Und „last not least“ die Vereinigten Staaten. Hier werden insbesondere die Auswirkungen der großen amerikanischen Steuerreform auch bei uns zu spüren sein. Noch sind viele Detailfragen offen, aber ich wage zu prognostizieren, dass

diese Steuerreform – je nach Ausgestaltung – auch erhebliche Auswirkungen auf unsere europäischen Steuersysteme haben wird.

Meine Damen und Herren,
der Maschinenbau ist der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland – auch wenn Sie zuletzt vielleicht etwas anderes gelesen haben. Dies gilt insbesondere dann, wenn man echte industrielle Arbeitsplätze zählt und nicht alle Stellen, die sich unter dem englischen Begriff „industry“ zusammenfassen lassen. Auf Basis der Beschäftigtenzahl für Betriebe ab 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren im deutschen Maschinenbau im September 1,03 Millionen Menschen beschäftigt – ein Plus von 2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Beim sogenannten Erwerbstätigenkonzept kommen zu diesen gut 1 Millionen Beschäftigten noch einmal mehr als 300.000 Erwerbstätige hinzu. Auch hier gilt deshalb: Mit

insgesamt 1,346 Millionen Erwerbstätigen sind und bleiben wir der größte industrielle Arbeitgeber in Deutschland.

Und weiterer Zuwachs deutet sich an: In den ersten zehn Monaten des Jahres wurden im Maschinenbau (ohne Reparatur und Installation von Maschinen) 24.000 neu zu besetzende Stellen bei den Agenturen für Arbeit gemeldet – fast 37 Prozent mehr als im Vorjahr. Die anhaltend hohe Nachfrage nach technischen Fachkräften, IT-Spezialisten oder Ingenieuren führt für unsere Unternehmen immer häufiger zu Engpässen in der Mitarbeitersuche. Verschärfend kommt hinzu, dass der Maschinenbau überdurchschnittlich viele Mitarbeiter durch die Rente mit 63 früher verliert, als den Betrieben lieb sein kann. Hier ist die neue Bundesregierung besonders gefordert, die Weichen wieder umzustellen und es den Fachkräften vielmehr zu ermöglichen, länger in den Unternehmen zu verbleiben.

Meine Damen und Herren,

der Maschinenbau wird sich auch 2018 den Herausforderungen im täglichen Geschäft erfolgreich stellen, da mache ich mir keine Sorgen. Was wir brauchen, ist eine wirklich mittelstandsfreundliche Politik, die Bürokratie abbaut, statt immer neue Regularien zu ersinnen. Und wir brauchen offene Märkte und den Abbau von Handelshemmnissen, statt Protektionismus und Nationalismus. Dann werden wir auch im nächsten Jahr wieder eine ähnlich positive Bilanz vorlegen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich freue mich jetzt darauf, Ihre Fragen zu beantworten